

Jürgen Maier

TTIP, worum es geht, worum es nicht geht und warum es verhindert werden muss

Als Kommissionspräsident Barroso und US-Präsident Obama die Verhandlungen für eine Trans-Atlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) im Juni 2013 eröffneten, erklärten sie, hier würde ein neuer Wachstumsschub ausgelöst, Arbeitsplätze geschaffen, und das praktisch kostenlos. Das billigste Konjunkturprogramm, das man sich vorstellen kann, so Barroso.

Wenn Politiker solche Dinge ankündigen, muss man vorsichtig sein. Wenn etwas zu gut um wahr zu sein scheint, dann ist es meistens auch so. Und es gibt einen Grund, warum es zu gut aussieht um wahr zu sein: damit fallen die negativen Seiten eines solchen Projektes nicht so auf.

Schaut man sich das TTIP-Projekt genauer an, merkt man rasch, dass es in Wirklichkeit weniger um Handel und mehr um eine neue Welle von Deregulierung und Liberalisierung geht. Eine solche Agenda kann heutzutage nicht mehr offen vertreten werden – auf beiden Seiten des Atlantiks. Nach der Finanzkrise von 2008 ist das neoliberale Modell einer immer weiter deregulierten und liberalisierten Wirtschaft sehr unpopulär geworden und viele Menschen dachten, diese Ära sei nun endgültig vorbei.

Aber sie ist nicht vorbei.

Das Handelsvolumen zwischen der EU und den USA ist bereits heute das grösste Handelsvolumen zwischen Wirtschaftsblöcken weltweit. Die EU betreibt mehr Handel mit den USA als mit China. Die Zölle sind niedrig, es gibt keine grösseren protektionistischen Handelshemmnisse zwischen Europa und Amerika, vielleicht abgesehen vom Agrarsektor.

Weil Deregulierung einer skeptischen Öffentlichkeit nicht mehr ehrlich verkauft werden kann, muss man ein bisschen einfallsreicher werden, oder genauer gesagt: man muss die Leute hinters Licht führen. Abkommen wie das geplante TTIP braucht man nur, wenn man eine neue, massive Welle von Deregulierung einleiten will, sowohl in den USA als auch in Europa. Wenn man der Wirtschaft mehr Macht geben will, unerwünschte Regulierungen abzuwehren. Das ist die wirtschaftspolitische Agenda der europäischen Wirtschaft, der EU-Kommission und der tonangebenden Wirtschaftsministerien in vielen Mitgliedsländern.

Erstaunlicherweise hat es die Handelspolitik geschafft, von all den heftigen Diskussionen im Gefolge der Finanzkrise praktisch gänzlich verschont zu bleiben. Da liegt es nahe, ein Deregulierungs-Abkommen als Handelsabkommen auszugeben. Freihandel klingt so viel besser als Deregulierung.

Erklärtes Ziel von TTIP ist die »regulatorische Harmonisierung«. Dies bezieht sich nicht nur auf bestehende, sondern auch auf zukünftige Regulierung. Würde TTIP zukünftige Regulierung ausklammern, würde die regulatorische Harmonisierung mit der Zeit schnell wieder verloren gehen, daher soll mit diesem Abkommen diese Harmonisierung dauerhaft festgeschrieben werden.

Handelskommissar De Gucht schlug dafür einen »Regulierungs-Kooperationsrat« vor, ein nicht gewähltes Gremium von Bürokraten und Industrievertretern. Dieses Gremium soll die zentrale Instanz bei jeder vorgeschlagenen neuen Regulierungsmassnahme werden. Sein Ziel wäre in erster Linie, eine gemeinsame Position zu den Regeln und Standards zu erzielen, die in Zukunft vereinbart werden, nicht so sehr die bestehenden zu überarbeiten.

Die Wirtschaftslobby sagt das ganz offen. Die US Chamber of Commerce und BusinessEurope, die Dachverbände der Wirtschaft auf beiden Seiten des Atlantik wollen Regierungen »beraten« wie die Gesetze zu ändern sind. Stakeholders an einen Tisch setzen mit den Regierungen, um gemeinsam die Regulierungen auszuarbeiten - das ist die Idee. Stakeholder sind dabei natürlich nicht Sie oder die Zivilgesellschaft, sondern Konzerne. Parlamente kommen dabei gar nicht mehr vor.

Das ist nur ein demokratiepolitischer Skandal. Stellen Sie sich mal vor, wieviel Souveränität – unsere Souveränität! - ein Parlament aufgeben würde, wenn solche Vorschläge ratifiziert würden. Eine ganze Menge. Damit würde es auch praktisch unmöglich, die notwendigen Schritte für mehr Umweltschutz, für eine nachhaltigere und sozialere Wirtschaft zu ergreifen, Massnahmen für eine nachhaltigere Landwirtschaft zu ergreifen und so weiter. Alles das ist Regulierung. So ein Abkommen wäre ein Riesen-Hindernis für alle künftigen Regulierungsmassnahmen - der Regulierungs-Kooperationsrat würde ein Veto gegen alles einlegen, das mächtigen Wirtschaftslobbys nicht passt.

Aber was ist mit der bestehenden Regulierung? Verstehen Sie mich nicht falsch, es geht hier nicht um die Abschaffung von Regulierung als solche. Eine der Ideen, die für die TTIP-Verhandlungen auf den Tisch gelegt wurden, ist die »gegenseitige Anerkennung von Standards«. Wir werden wohl kaum zu flächendeckenden gemeinsamen Standards zwischen der EU und den USA kommen. Gegenseitige Anerkennung würde bedeuten, zum Beispiel, Sie bekommen Ihre Zulassung für eine neue Chemikalie in Europa oder den USA. Wenn Sie das europäische Zulassungssystem für Chemikalien zu teuer und aufwendig finden, beantragen Sie die Zulassung eben in den USA nach dem dortigen einfacheren System und die gilt dann auch in Europa. Unsere Chemikaliengesetzgebung ist eine der zentralen umweltpolitischen Errungenschaften in Europa, die wir in harten Kämpfen gegen die Chemielobby durchsetzen konnten. Mit TTIP müssen Sie die europäischen Gesetze gar nicht mehr abschaffen, Sie können sie sogar verschärfen – aber sie werden einfach bedeutungslos. Das ist dann auch das Einfallstor für Genfood, Hormonfleisch und so weiter – was in den USA zugelassen ist, ist dann auch hier zugelassen. Und umgekehrt.

Wir werden einen Wettlauf hin zu den niedrigsten Standards bekommen. Die Versprechen der Kommission und der Bundesregierung, dass wir diesen Wettlauf nach unten nicht bekommen werden, können Sie vergessen. Die ganze Logik der »regulatorischen Harmonisierung« zielt darauf ab, höhere Regulierungsstandards zu einem Wettbewerbsnachteil zu machen. Darum geht es im Kern bei dieser Idee.

In Zukunft würde ein höheres Regulationsniveau nur noch möglich, wenn die USA und Europa sich einig sind – was selten genug der Fall ist. Stellen Sie sich mal vor, wenn beispielsweise in fünf Jahren die Probleme mit dem Antibiotikaeinsatz in der Massentierhaltung ein solches Ausmass angenommen haben, dass die EU das verbieten will. Die Agrarindustrie wäre natürlich dagegen und die US-Regierung auch, der Regulierungs-Kooperationsrat sagt nein, und das war es dann. Ihre Abgeordneten werden mit einem Veto ungewählter Technokraten gestoppt.

Glauben Sie aber nicht, dass Europas Regulierung immer besser wäre als die amerikanische. Wenn wir über Finanzmärkte reden, hat die öffentliche Empörung über Gier und Betrug an der Wall Street in den USA zu schärferen Regulierungen der Finanzmärkte geführt als in Europa. Amerikas Banken und Versicherungskonzerne hoffen bereits auf das TTIP-Projekt, um alle Regulierungen wieder loszuwerden, die strenger als die europäischen sind. Sie haben die EU-Kommission an ihrer Seite, die damit auch hofft, endlich das deutsche Sparkassenwesen beseitigen zu können, das haben sie ja schonmal versucht, während die US-Regierung den Finanzsektor ganz aus dem Abkommen heraushalten will.

Aber es geht bei TTIP nicht nur um Deregulierung, es geht tatsächlich auch um Handel. Es ist eine Agenda der Marktöffnung, der Öffnung vor allem amerikanischer Märkte für europäische Exporteure, und zu einem gewissen Ausmass auch der Öffnung europäischer Märkte.

Was also ist die engere handelspolitische Agenda beim TTIP? Wenn Sie sich die öffentliche Debatte in Europa ansehen, könnte man glauben, jetzt steht eine Invasion der US-Konzerne in Europa bevor. Aber das droht nur in der Land- und Ernährungswirtschaft. Jeder andere international wettbewerbsfähige Sektor der amerikanischen Wirtschaft hat bereits heute überhaupt kein Marktzugangsproblem in Europa.

Europas offensive Interessen sind dagegen viel umfassender. In mancherlei Hinsicht sind die USA weniger ein Binnenmarkt als die EU. US-Bundesstaaten haben viele Regulierungen und Vorschriften, die alle Charakteristika eines Handelshemmnisses erfüllen. Überall gibt es auf Bundesstaatsebene und lokaler Ebene »Buy American«-Vorschriften. Ausländer können keine Mehrheitsbeteiligungen an Fluggesellschaften, Häfen, Flughäfen und anderen »strategischen Einrichtungen« besitzen. In Sachen Marktzugang ist die EU bekanntlich ein wettbewerbsstarker Exporteur – während die USA das grösste Handelsbilanzdefizit der Welt haben. Die Frage ist, wer würde von totalem und unbegrenztem Marktzugang mehr profitieren? Und warum wäre es eigentlich im öffentlichen Interesse, dass Veolia die Wasserversorgung in Colorado übernehmen darf, dass regionale Wirtschaftsstrukturen in US-Bundesstaaten von europäischen Konzernen aufgebrochen werden, dass das US-Handelsbilanzdefizit noch grösser würde? Die Exportüberschüsse derjenigen europäischen Volkswirtschaften, die von TTIP profitieren würden, zum Beispiel die deutschen, sind doch gross genug. Die müssen nicht noch höher werden. Ausser den Deutschen hat das inzwischen eigentlich die ganze Welt kapiert.

Kommen wir nun zum dritten und wahrscheinlich skandalösesten Thema, um das es beim TTIP geht. Es ist das »Investor-Staat Schiedsgerichtsverfahren«, abgekürzt ISDS. Das wird die letzte Instanz für einen Investor, also Konzern, wenn er regulatorische Massnahmen nicht stoppen konnte, die ihm nicht passen. Nur zur Erinnerung: TTIP bedeutet Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership, es geht also auch um den Schutz von Investoren. Jede Massnahme, die ein ausländischer Investor als »unfaire Behandlung oder indirekte Enteignung« ausgeben kann, kann vor Tribunalen angegriffen werden, die geheim im Ausland tagen. Unser gesamtes demokratisches Rechtssystem wird damit ausgehebelt. Unter »indirekter Enteignung« kann alles subsumiert werden, was darauf hinausläuft, dass die »legitimen Gewinnerwartungen« eines Unternehmens reduziert werden oder werden könnten. Damit erhalten Konzerne einen Freifahrtschein dafür, Regierungen zu verklagen, die regulatorische Massnahmen ergreifen, die ein Konzern für »unfair« erklärt.

Wenn so ein Investor einen Staat verklagt, wird für diese Klage ein Schiedsgericht eingerichtet. Dieses Investitionsschutz-Schiedsgericht arbeitet ganz anders als Gerichte, die wir sonst aus einem

Rechtsstaat kennen: die Verhandlungen sind geheim. Die Schiedsrichter sind nicht etwa auf das öffentliche Wohl vereidigte Verwaltungsrichter, sondern Wirtschaftsanwälte. Weder Zivilgesellschaft noch Öffentlichkeit haben Zugang zu den Verhandlungen oder zu den Klageschriften. Es gibt keine Berufungsmöglichkeit. Aber solche Geheim-Schiedsgerichte stehen über der Souveränität von Staaten, Parlamenten und Verfassungsgerichten. Rechtsprechung nicht im Namen des Volkes, sondern im Namen des Geldes.

Solche Schiedsgerichte werden weltweit immer öfter eingeschaltet, um Regulierungsmassnahmen im öffentlichen Interesse zu verhindern. Bilaterale Investitionsschutzverträge ermöglichen dies. Australien hat jetzt vorgeschrieben, dass Zigaretten in schmucklosen Verpackungen mit schockierenden Warnhinweisen verkauft werden müssen. Das australische Verfassungsgericht hat dies für zulässig erklärt. Der Tabakkonzern Philip Morris hat auf der Basis eines Investitionsschutzabkommens Klage eingereicht und will mit einem solchen Geheimtribunal eine milliardenschwere Entschädigung für diese »indirekte Enteignung seiner Markenrechte« erzwingen. Australien hat jetzt beschlossen, solche Investitionsschutzverträge nicht mehr abzuschliessen. Südafrika hat begonnen, alle diese Verträge der Reihe nach zu kündigen.

Es gibt noch viele weitere Beispiele, seit neuestem auch aus Deutschland. Die schwedische Staatsfirma Vattenfall verklagt den deutschen Steuerzahler in einem solchen Geheimtribunal auf 3.7 Milliarden Euro Entschädigung für die abgeschalteten Atomkraftwerke. Vattenfall findet nämlich den Atomausstieg »unfair«. Möglich macht es die Europäische Energiecharta, ein weiterer Vertrag mit einem solchen Investitionsschutzkapitel. In jedem europäischen Land gibt es eine funktionierende Verwaltungsgerichtsbarkeit, aber ein Unternehmen hat weitaus grössere Erfolgsaussichten in geheimen Investitionsschutztribunalen.

Das sind nur einige wenige Beispiele. Abgeordnete, die solche Verträge ratifizieren, schaffen damit ein Sonder-Rechtssystem für ausländische Investoren, das vermutlich vor einem Verfassungsgericht für null und nichtig erklärt würde, wenn es dort mal beklagt würde. Wer dagegen neoliberale Deregulierung vorantreiben will, für den ist das ein wunderbares Instrument, unliebsame Regulierung aus der Welt zu schaffen oder gleich ganz zu verhindern.

Jetzt haben wir also 1. regulatorische Harmonisierung, und 2. mehr Marktöffnung zum Nachteil von Verbraucherschutz und regionalen Wirtschaftskreisläufen, und 3. Geheimtribunale zum Schutz von Konzerninteressen. Das wäre eigentlich schon genug, um so einen Vertrag abzulehnen.

Hinzu kommt aber noch die völlige Geheimniskrämerei der TTIP-Verhandlungen. Das Verhandlungsmandat der EU wurde zwischen der Kommission und dem Ministerrat verhandelt, also den Wirtschaftsministerien der Mitgliedsstaaten. Weder das Europaparlament noch die Parlamente der Mitgliedsstaaten wie etwa der Bundestag dürfen dabei mitreden, das Verhandlungsmandat ist geheim und sie haben genauso wie die Öffentlichkeit kein Recht, es überhaupt zu sehen. Alle Papiere, die auf den Verhandlungstisch gelegt werden, sind geheim. Die USA verbieten der EU-Kommission sogar, ihre Verhandlungspapiere an die Regierungen der europäischen Staaten weiterzuleiten, so geheim sind die. Und die lassen sich das auch noch bieten. Es wird mir immer ein Rätsel bleiben, wie sich Parlamente derart auf eine Nebenrolle reduzieren lassen, sich im Grunde weigern, ihrer Kontrollfunktion nachzukommen. Glücklicherweise sickern immer mehr dieser Papiere an die Öffentlichkeit.

Angesichts der weitreichenden Konsequenzen solcher Abkommen ist es in einer demokratischen Gesellschaft völlig unakzeptabel, dass sie auf eine derart intransparente und geheimniskrämerische Weise zustandekommen.

Die Geheimniskrämerei rund um TTIP ist keine Ausnahme, sondern die Regel in der internationalen Handelspolitik. Handelspolitik ist eine demokratiefreie Zone. Im Oktober wurde eine politische Einigung über das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada von Kommissionspräsident Barroso und Kanadas Ministerpräsident Harper unterzeichnet – im Prinzip ist das Kanada-Abkommen die Blaupause für TTIP. Bisher ist der Text immer noch nicht veröffentlicht. Niemand kann ihn lesen, kein Abgeordneter, kein Journalist, weder Sie noch ich. In vier Jahren Verhandlungen wurden wir darüber weder informiert noch konsultiert. Nächstes Jahr wird es den Parlamenten Kanadas und Europas zur Zustimmung vorgelegt, und zwar nicht nur dem Europaparlament sondern danach auch den Parlamenten der 28 EU-Mitgliedsstaaten, also auch Bundestag und Bundesrat. Sie hatten allesamt keinen Einfluss auf das Mandat, auf den Inhalt, auf die Verhandlungen. Sie können das Abkommen auch nicht ändern. Sie können nur ja sagen, oder sie könnten auch nein sagen–das tun sie aber nie. Bisher haben die Parlamente bereitwillig hingenommen, dass sie bei diesen Verhandlungen keine Rolle gespielt haben. Sie haben immer ja gesagt. Ja zu Investoren-Schiedsgerichten, ja zur Einschränkung unserer Souveränität, ja zur Aushebelung parlamentarischer Demokratie. Manche Parlamente der kanadischen Provinzen haben den Parlamentarismus völlig lächerlich gemacht, indem sie dem Abkommen Kanadas mit der EU schon mal vorsorglich zugestimmt haben, bevor sie überhaupt den Text kennen.

Die einzigen Ausnahmen waren ACTA im letzten Jahr, das gescheiterte Abkommen mit dem neue Bestimmungen zum geistigen Eigentum eingeführt werden sollten, und vor zehn Jahren das gescheiterte »Multilaterale Investitionsabkommen« (MAI), mit dem diese Schiedsgerichte flächendeckend eingeführt werden sollten. Von den vordemokratischen Geheimverhandlungen über ACTA hatten auch die Parlamente keine Ahnung. Als dies durchsickerte, war der öffentliche Aufschrei so stark, dass das Europaparlament eine Resolution beschloss, ein solches Abkommen nicht zu ratifizieren. Allerdings dürften genau diese Bestimmungen über zusätzliche Bestimmungen für geistige Eigentumsregeln, die mit ACTA eingeführt werden sollten, mit TTIP durch die Hintertür wieder auf dem Tisch liegen. Die Kommission und die Wirtschaftslobbys versuchen es immer wieder, sie lassen nicht locker. Es geht jetzt darum, dass die Öffentlichkeit die Notbremse zieht und diese Geheimverhandlungen stoppt.

Zum Schluss noch ein paar Sätze, worum es bei TTIP nicht geht. In der Debatte über TTIP gibt es viele Scheindebatten und Ablenkungsmanöver. Manche Aussenpolitiker suchen seit dem Ende des Kalten Krieges ständig neue Themen und manchmal auch neue Feinde. Viele in dieser Szene reden jetzt über eine »Handels-Nato«, über »wirtschaftliche Selbstverteidigung« des demokratischen Westens gegen die aufstrebenden Schwellenländer, vor allem China.

Länder wie Brasilien, Südafrika oder Indien sind Demokratien, mit denen Europa mindestens genauso viele Werte teilt wie mit den USA. Gewerkschaften können in Brasilien, Südafrika und Indien frei arbeiten– aber in den USA kämpfen sie seit dem Amtsantritt von Reagan 1981 ums Überleben. Europa hat viele gemeinsame Werte mit vielen Ländern, nicht nur mit den USA. Die »regulatorische Harmonisierung« zwischen der EU und den USA wird nicht die »transatlantische Wirtschaftsfestung« oder die »Handels-NATO« schaffen, die in arrogant-imperialistischer Weise Standards für die ganze Welt festsetzen kann. Regulatorische Harmonisierung würde nicht nur

amerikanischen und europäischen Konzernen nützen, sondern natürlich auch allen chinesischen Exporteuren, die auf beiden Seiten des Atlantik Geschäfte machen.

Lassen wir uns also von solchen Ablenkungsmanövern nicht beeindrucken. Der Kampf um TTIP ist kein Kampf zwischen Europa und Amerika. Es ist ein Kampf zwischen Konzernmacht und demokratischen Entscheidungsprozessen. Bei TTIP geht es nicht um eine neue Grundlage für eine zunehmend brüchige transatlantische Allianz. Es geht nicht um »der Westen gegen China«. Es geht nicht um ein »kostenloses Konjunkturprogramm«. Und mit dem NSA-Skandal hat es auch nichts zu tun. TTIP ist die nächste grosse Deregulierungswelle, mit der das Primat von Konzerninteressen dauerhaft per völkerrechtlichem Vertrag verankert werden soll, auf Kosten von Demokratie und Parlamentarismus. Es ist im öffentlichen Interesse, diese wahnsinnige Deregulierungspolitik endlich zu stoppen.

Dieses Abkommen würde uns genauso wie das Kanada-Freihandelsabkommen künftig weitreichende Beschränkungen auferlegen, notwendige umweltpolitische und viele andere Regulierungsmassnahmen zu ergreifen. Wir müssen sie stoppen, so wie wir ACTA und das alte MAI, gestoppt haben, und ich erlaube mir den Hinweis, dass wir diese Abkommen nicht gestoppt haben, indem wir schönere und grünere Abkommen gefordert haben. Wir haben gesagt, wir wollen diese Abkommen überhaupt nicht, und das sagen wir nicht nur in Europa, das sagen auch unsere amerikanischen Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir uns letzte Woche intensiv in Brüssel beraten haben. Unsere Chancen stehen sehr gut, TTIP zu stoppen. Die Deregulierungsagenda von TTIP ist derart umfassend, weit umfassender als es die WTO jemals vorhatte. Und genau deshalb, weil es so weitreichende Auswirkungen haben wird, stehen die Chancen für ein Scheitern sehr gut.

Vielen Dank.